

Avanti ²

Theoriebeilage

„Trump, Trumpismus
und die USA“
von
Paul Le Blanc

ISO Rhein-Neckar

GEMEINSAM GEGEN MERZ & KAPITAL



ABBAU STOPPEN!

INHALT

TITEL

- 01 GEGEN MERZ & KAPITAL
Abbau stoppen!

EDITORIAL / INHALT / KURZ & KNAPP

- 02 KAPITALISMUS
Kurz & Knapp?

SEITE DREI

- 03 GEGEN MERZ & KAPITAL
Abbau stoppen!

AUFRÜSTUNG

- 04 BUTTER STATT KANONEN
Wie „Kriegstüchtigkeit“ bekämpfen?

ARBEITSWELT

- 05 AGENDA 2030 STOPPEN
Proteste stärken!

- 05 „GESUNDHEITSREFORM“
Ist das nicht bodenlos?

- 06 KONFERENZ „BR IM VISIER“
Worum es geht

ÖKOZIALISMUS

- 07 KLIMA, KLASSE, WIDERSTAND
Spannende Tagung in Köln?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die Kapitalisten und ihre politischen Handlanger sind so heiß auf noch mehr Profite, dass sie zum Generalangriff blasen und trommeln.

*Avanti*² befasst sich deshalb in der vorliegenden Sommerausgabe erneut mit der „Agenda 2030“ von Kabinett & Kapital.

Wir sind auch heiß – aber auf Solidarität und Widerstand gegen den zynischen Klassenkampf von oben. Daher gilt für uns: „Vorwärts, und nie vergessen, und die Frage konkret gestellt! Vorwärts, nie vergessen: Wessen Straße ist die Straße, wessen Welt ist die Welt?“ (B. Brecht, Solidaritätslied, 1932.)

In der Theoriebeilage veröffentlichen wir Paul Le Blancs fundierte Ausführungen zu „Trump, Trumpismus und die USA“.

Wir freuen uns auf Euer Interesse und auf ein baldiges Wiedersehen!

Eure Redaktion

*Titelbild: DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2013.
Foto: Helmut Roos.*

INHALT

ANTIFASCHISMUS

- 08 „KRIEG UND REVOLUTION“
Lehren des spanischen Bürgerkriegs

ISO / IV. INTERNATIONALE

- 09 EIN LEBEN LANG KÄMPFEN (III)
Unserer Genossin Bärbel zum 90.?

- 10 „PROFITE STATT GESUNDHEIT“
Unser Infoabend im Juni 2026

- 11 INTERNATIONALES JUGENDCAMP
Was tun gegen Unterdrückung?

- 11 KRIEG ODER FRIEDEN
Unser Sommerseminar 2026

- 11 GEMEINSAM FEIERN
Unser Sommerfest 2026?

RÜCKBLENDE / TERMINE

- 12 „GESUNDHEITSREFORM“
Protest in Mannheim

- 12 TERMINE
Welche Veranstaltungen?

THEORIEBEILAGE

- 01 DIE LAGE IN DEN USA
Die Sichtweise eines US-Genossen

Pflege? Welche Pflege?

R. S./E. B.

Kahlschlag statt sozialer Reformen will die Regierung auch bei der Pflegeversicherung. Dabei gibt es alternative Geldquellen in Milliardenhöhe. Aus Steuergeldern finanzierte Sonderkosten von rund 6 Mrd. € in der Pandemie will die Regierung nicht an die Pflegekasse zurückzahlen. Dafür will sie die Rentenzahlungen für pflegende Angehörige um mehr als 4 Mrd. € pro Jahr kappen. Zudem will sie den Zugang zu höheren Pflegegraden erschweren. Das heißt, dass weniger Menschen Anspruch auf Pflegeleistungen haben sollen. Ferner ist eine Erhöhung der Eigenanteile für Pflegebedürftige und ein späteres Zahlen von staatlichen Zuschüssen zur Pflege geplant. (Quelle: FR, 6.06.2026.) ■

K U R Z & K N A P P

Privilegien der „Volksvertreter“

R. S.

Bundestagsabgeordnete (MdB) erhalten in vier Jahren ein steuerfinanziertes Entgelt, für das Durchschnittsverdienende 28 Jahre arbeiten müssen. Bereits nach einem Jahr im Bundestag haben sie Anspruch auf eine Altersversorgung, die sich an den Abgeordnetenbezügen von derzeit 11.833 € im Monat orientiert. Das vorläufige Durchschnittseinkommen für Beschäftigte liegt in 2026 bei 51.944 € im Jahr. Das ergibt einen Rentenpunkt, dessen Wert (ab 1.07.2026) bei 42,52 € liegt. Durchschnittsverdiener:innen erhalten damit nach 28 Jahren Beitragszahlung brutto 1.190,56 € Rente während ein Abgeordneter nach nur 4 Beitragsjahren etwa den gleichen Betrag erhält. (Quelle: FR, 6.06.2026.) ■

Gemeinsam gegen Merz und Kapital Abbau stoppen!

U. D.

Spätestens mit Unterzeichnung des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD am 25. Mai 2025 wurden die Ziele der Regierung Merz/Klingbeil klar: mehr Aufrüstung, weniger Klimaschutz, massiver Sozialabbau, schlechtere Arbeitsgesetze, weniger Asylrecht, mehr Rassismus, aber weitere Entlastungen für Unternehmen und Begünstigung von Reichen.

Seit dem Jahr 2000 ist das der zweite Generalangriff von Politik und Kapital auf das Sozialsystem und die Arbeitsgesetze. Der erste wurde 2003 gestartet. Es war die Agenda 2010 der damaligen SPD/Grünen-Regierung unter Schröder/Fischer.

Die Agenda 2010 brachte Sozialabbau und schlechtere Arbeitsgesetze. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung und der Rentenversicherung wurden gekürzt, das Rentenalter auf 67 angehoben. Der Kündigungsschutz wurde gelockert, befristete Beschäftigung, Leiharbeit und der Niedriglohnsektor massiv ausgeweitet. Konzerne und Reiche wurden dagegen geschont und belohnt. „Fordern statt fördern“ galt auch damals nur für die arbeitende Klasse.

Die Agenda 2030

Bereits im August 2023 forderte CDU-Generalsekretär Linnemann eine Agenda 2030. Im April 2024 verlangte dies auch Spahn. Im Januar 2025, kurz vor der Bundestagswahl im März 2025, veröffentlichte die CDU ihr Positionspapier „Agenda 2030 – Neuer Wohlstand für Deutschland“.

Im September 2025 bezog sich Klingbeil positiv auf die Agenda 2010. „Schröder hat mutige Reformen angepackt“, sagte der SPD-Chef der *Zeit*. Diesen Ball griff Linnemann sofort auf: „So wie Gerhard Schröder die Agenda 2010 gemacht hat, müssen wir jetzt die Agenda 2030 machen.“

Im März 2026 erklärte Lars Klingbeil in einer Rede in der Berliner Niederlassung der Bertelsmann-Stiftung, dass wir (!) insgesamt mehr arbeiten müssen. Der Ort war wohl kein Zufall. Die Bertelsmann-Stiftung hatte schon dem SPD-Kanzler Schröder die Kernideen zur Agenda 2010 geliefert.

Doch das alles war „nur“ mediale Vorarbeit. Jetzt wird die Agenda-Politik tatsächlich umgesetzt, und alle Sozialversicherungen und Arbeitsgesetze werden angegriffen. Selbst der 8-Stundentag – eine historische Errungenschaft der Arbeiterbewegung – ist kein Tabu mehr und wird in Frage gestellt.

Libertäre Politik im Sinne des Kapitals

Diese Politik ordnet Leben und Arbeit den Profitinteressen des Kapitals unter. Mit der „Kapitalrente“ wird ein weiterer Teil des Sozialsystems in den „privaten“ Kapitalmarkt integriert. Staatliche Sozialleistungen sollen nur noch eine „Grundversorgung“ bieten. Wer mehr will, muss privat vorsorgen.

Wie bei der Agenda 2010 gehen die „Reformen“ nur zu Lasten der arbeitenden Menschen. Höhere Steuern und Abgaben auf Vermögen, Erbschaften, Unternehmensgewinne, Dividenden und hohe Einkommen sind nicht vorgesehen.

Vor dem Hintergrund sich verschärfender globaler Konflikte

um Rohstoffe, Märkte und geopolitischen Einfluss wird die vorherrschende Politik immer mehr von libertären und autoritären Positionen geprägt. In dieser Politik gibt es keinen Spielraum mehr für „zu viel“ Klimaschutz, für „zu viel“ Sozialstaat, für „zu viel“ Menschenrechte oder für „starre“ Arbeitsgesetze.

Nicht zuletzt wird der russische Ukraine-Krieg als zusätzliches „Argument“ genutzt. Mit ihm wird Nationalismus gefördert, Militarisierung und Aufrüstung begründet und am Ende – angesichts „leerer Kassen“ – auch Sozialabbau gerechtfertigt.

Gegen Generalangriff hilft nur Generalstreik

Seit Jahrzehnten nimmt die Mehrheit der Gewerkschaftsspitzen lieber an Gesprächsrunden mit Politik und „Sozialpartnern“ teil, statt den Widerstand in den Betrieben und auf der Straße zu organisieren. Sie hofft auf den Dialog mit Politik und Kapital und gibt sich mit „Korrekturen“ an einer unsozialen Politik zufrieden.

Doch gegen Generalangriffe helfen weder Runde Tische noch sozialpartnerschaftliche Reden, sondern nur die Gegenwehr in den Betrieben und auf der Straße bis hin zum Generalstreik.

Warten wir nicht ab, sondern werden wir selbst aktiv. Überall wo wir leben, lernen und arbeiten können wir über die Agenda-Politik aufklären und Gegenwehr organisieren. Wir können uns vernetzen und solidarisch unseren gemeinsamen Widerstand auf die Straße bringen.

Besondere Bedeutung hat dabei die Unterstützung aller gewerkschaftlichen und betrieblichen Initiativen und Mobilisierungen. Nur so kann es gelingen, die arbeitende Klasse in Bewegung zu bringen. Und nur sie allein hat die gesellschaftliche Kraft, den Agenda-Irrsinn zu stoppen. ■



IGM-Protest gegen Abbau bei ZF-Wabco in Mannheim, 10. September 2024.

Kanonen statt Butter?

„Kriegstüchtigkeit“ bekämpfen!

O. T.

Bundeskanzler Merz hat mit seiner Regierung das Ende des „zu komfortablen Lebens“ ausgerufen. Damit meint er natürlich nicht sich selbst und seinesgleichen, die Reichen und Hyperreichen. Wir sollen Abstand nehmen vom Sozialstaat, von guter Gesundheitsversorgung und sicherer Rente. Dafür ist laut Merz kein Geld mehr da. Ist das nur eine frech erfundene Behauptung oder doch eher eine glatte Lüge?

Zunehmend mehr Menschen wissen zum Monatsende nicht mehr, wie sie ihren immer teurer werdenden Alltag bezahlen sollen. Dennoch fordert die Regierung von uns, den Gürtel noch enger zu schnallen.

Die Begriffe „Rentenreform“, „Gesundheitsreform“, „Steuerreform“ werden dabei von der Regierung als Codewörter für den beabsichtigten Sozialabbau benutzt, der alle abhängig Beschäftigten treffen wird. Gleichzeitig pumpen Merz, Klingbeil & Co. Hunderte von Milliarden Euros in die Aufrüstung und in Kriege wie in der Ukraine.

Die Rüstungsausgaben sollen von derzeit 82 Milliarden Euro auf rund 240 Milliarden Euro im Jahr 2029 steigen. Fast jeder zweite Euro des Bundeshaushalts würde dann direkt in die „Kriegstüchtigkeit“ vor allem gegen „den Russen“ fließen.

„Kriegstüchtigkeit“ – schon wieder?

Der von „Verteidigungsminister“ Pistorius

immer wieder benutzte Begriff der „Kriegstüchtigkeit“ ist dem Wortschatz des Obernazis Goebbels entliehen.

Am 23. Juli 1944, als die Niederlage der Wehrmacht bereits nicht mehr aufzuhalten war, erschien auf der Titelseite der Nazi-Wochenzeitung *Das Reich* ein Leitartikel von Goebbels mit der Schlagzeile „Kriegstüchtig wie nur je“. Darin beschwört er die „Kriegstüchtigkeit“ Deutschlands und verlangt, alle Kräfte der „Nation“ für den „Sieg“ gegen Rußland zu mobilisieren.

Auch für heute sind damit Prioritäten klar benannt: Panzer statt Bildung, Raketen und Drohnen statt Gesundheit und Kanonen statt Butter!

Letztere Formulierung erinnert an den berühmten Spruch eines weiteren Obernazis, nämlich Göring, aus dem Sommer 1936. „Kanonen machen uns stark, Butter macht uns nur fett“, so tönte der sehr beliebte Reichsmarschall damals in einer Radiosendung und ließ seinen Phantasien zur

Erreichung der „Kriegstüchtigkeit“ freien Lauf.

In der Rolle als von Hitler bestimmter Koordinator der Wirtschaft und Chef der Luftwaffe nutzte Göring diese Formulierung, um noch massivere Militärausgaben und gleichzeitig weitere Einbußen beim Lebensstandard der Bevölkerung zu rechtfertigen.

Hochrüstung macht Reichen reicher

Diese erkennbaren Parallelen zu aktuellen Entwicklungen in Deutschland sollten uns alle aufhorchen lassen. Sozialabbau auf der einen Seite und Aufrüstung wie Militarisierung auf der anderen sind die beiden Seiten derselben Medaille und untrennbar miteinander verbunden.

Zu diesem Thema bemerkt der deutsche Politikwissenschaftler und Armutsforscher Christoph Butterwegge: „Hochrüstung macht generell die Reichen reicher und die Armen zahlreicher. Weil dem Wohlfahrtsstaat fehlt, was ein Rüstungsstaat an Mehrkosten verschlingt, folgt der militärpolitischen Zeitenwende nun fast zwangsläufig auch eine sozialpolitische Zeitenwende. Zu befürchten ist daher eine fortdauernde Senkung des Lebensstandards der Bevölkerungsmehrheit, die zuletzt Reallohnverluste hinnehmen musste und durch steigende Mieten, Energiepreisexplosion und Inflation stark belastet wurde.“*

Nicht nur die genannten Folgen des Sozialabbaus, sondern auch die kriegerischen Folgen des Wettrüstens und der ungebremsten Militarisierung machen es dringend erforderlich, die Proteste gegen den geplanten Sozialkollaps und die gegen die Kriegsgefahr im gemeinsamen Widerstand aller Betroffenen zusammenzuführen. ■

* (www.imi-online.de/download/ruestungs_factsheet_2026_kl.pdf)



Auf Berliner Straßen, 1945/1946. Foto: Abraham Pisarek (1901-1983), Deutsche Fotothek, gemeinfrei (CC BY-SA 3.0 DE).

Generalangriff auf die arbeitende Klasse

Wo bleibt der gemeinsame Widerstand?

H. N.

Es heißt, dass jedes Land die Regierung bekommt, die es verdient. Zyniker werden diesem Spruch angesichts des Agierens der Regierung Merz-Klingbeil sicher vorbehaltlos zustimmen. Fakt ist, dass Bundesregierung & Kapital die Zeit für einen Generalangriff auf die arbeitende Klasse für reif halten.

Bekanntlich sollen zentrale sozial- und tarifpolitische Errungenschaften demontiert und so die Lebensgrundlagen der großen Mehrheit der Bevölkerung massiv weiter verschlechtert werden.

Die von den Profinteressen der Konzerne & Kapitalisten diktierten und medial als „alternativlos“ propagierten Regierungsvorhaben sind weder mit dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes noch mit den Interessen unserer Klasse vereinbar.

Parallel zu diesem zunehmend enthemmten Treiben überbieten sich Kapitalverbände und Unternehmensführungen mit der Bekanntgabe immer neuer Ankündigungen und Forderungen – im „Interesse der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft“. Auf Deutsch: „Die Reichen sollen noch reicher werden und alle Hemmnisse der Profitmaximierung sollen fallen.“

Unsere Chance Résistance

Von A wie Alstom bis hin zu Z wie Zahnradfabrik Friedrichshafen – fast täglich verkünden die Bosse neue Hiobsbotschaften für die Beschäftigten und die gesamte Gesellschaft. Abbau, Ausgliederungen, BR-Mobbing, Lohnsenkungen, Missachtung von Geset-

zen, Tariffucht, Umstellung auf Kriegsgüter, Verlagerungen und Werksschließungen – nichts ist mehr tabu.

Diese Prozesse zerstören soziale Werte, wertvolles Fachwissen und wirtschaftliche Existenzen. Sie beschleunigen Erwerbslosigkeit und Massenverarmung einerseits und noch mehr Anhäufung von Reichtum bei Millionären und Milliardären andererseits.

Diese Situation ist unerträglich und extrem gefährlich. Sie beschleunigt den politischen Rechtsruck und vertieft die Spaltung und Lähmung der arbeitenden Klasse.

Es ist also höchste Zeit, dass wir in den Gewerkschaften für den Aufbau einer wirksamen Protest- und Widerstandsbewegung eintreten. Sie sollte mit der Organisierung überbetrieblicher Solidarität gegen Abbau und lokaler Bündnisse gegen Sozialkassenschlag anfangen, die regionale und bundesweite demokratische Vernetzung aller aktionswilligen Kräfte vorantreiben und die Schaffung einer sozialen Abwehrfront anstreben. Ihre Aufgabe ist, an abgesprochenen Terminen zu Protesten und Streiks in der Arbeitswelt und in der Öffentlichkeit aufzurufen und den Spuk des Abbaus zu beenden. ■

„Das ist wirklich bodenlos!“

Rede von Sebastian Höhn (stv. BR-Vorsitzender des Uniklinikums Mannheim) bei der Protestkundgebung am 25. Juni 2026.

„Ich bin ehrlich fassungslos!

Seit unserer ersten Kundgebung gegen die geplanten Kürzungen im Krankenhaus am 10. Juni, sind weitere, deutlich weiterreichende Kürzungspläne bekannt geworden.

Würden diese umgesetzt, hätte das dramatische Folgen für die Qualität der Patientenversorgung, sowie die Arbeitsbedingungen im Krankenhaus!

Durch die geplante Streichung von Personalvorgaben und deren Finanzierung würden wir in einem Streich zurückgeworfen in die schlimmsten Zeiten des Pflegegenotstands.

Dringend benötigte Pflegekräfte werden so nicht gewonnen, viel schlimmer, so werden Pflegekräfte aus dem Beruf ge-

drängt. Das wenige Vertrauen in die Politik, das Beschäftigte nach der ‚Konzertierten Aktion Pflege‘ (letzte Große Koalition) aufgebaut haben, wird gerade wieder kolossal verspielt. Die jetzt infrage gestellten Maßnahmen waren sicher nicht perfekt aber durchaus kleine Schritte in die richtige Richtung.

Das zeigt mir einmal mehr, wie wichtig es ist, dass wir heute hier sind und klar und deutlich sagen: So nicht! Nicht mit uns! Wir verlassen uns nicht auf Sonntagsreden, sondern auf unsere eigene Stärke! Wir werden uns die Verbesserungen der letzten Jahre nicht kampfflos wegnehmen lassen!

Konkret geht es darum, dass das Pflegebudget abgeschafft werden soll und die Pflege wieder in das Fallpauschalen-System (DRG) integriert werden soll.

Die DRG erzeugen einen permanenten Kostendruck, der in der Vergangenheit zu einem massiven Personalabbau geführt hat. Zu Recht wurde die Pflege diesem System entzogen! Eigentlich müssten alle Be-

rufsgruppen dem DRG entzogen werden!

Deshalb: DRG abschaffen, statt eine Rolle rückwärts!

Zweitens soll die von ver.di, der Deutschen Krankenhausgesellschaft und dem Deutschen Pflegerat entwickelte Pflegepersonalbedarf-Regelung (PPR2.0) wieder zurückgenommen werden.

Ein Instrument zur Ermittlung einer bedarfsgerechten Personalbemessung wird abgestellt, noch bevor es richtig in Kraft getreten ist.

Drittens, und das ist wirklich bodenlos, soll sogar die Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung entfallen. Das ist die Untergrenze, um Patientengefährdung zu verhindern! Wird diese – unserer Meinung nach viel zu schlechte – Regelung abgeschafft, werden Patientenschäden billigend in Kauf genommen sowie das Wohlergehen von Patient:innen aufs Spiel gesetzt.

Wir kämpfen weiter dafür, dass kranke Menschen sicher versorgt werden und unsere Arbeitsbedingungen uns nicht krank machen!“ ■

„Gerechtigkeit erkämpfen!“

13. bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ am 10. Oktober 2026

S. K.

Am 10. Oktober 2026 findet im Mannheimer Gewerkschaftshaus ab 13 Uhr, bereits die 13. bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier – Bossing, Mobbing & Co.“ statt.

Gewerkschaften und Solidaritätsinitiativen schlagen Alarm. Die Angriffe auf aktive Betriebsratsmitglieder haben sich im Umfeld der Betriebsrats-Wahlen 2026 deutlich verschärft (vgl. hierzu www.iso-4-rhein-neckar.de/BR-2026-3).

In vielen Betrieben wurden Wahlverfahren behindert, gewerkschaftlich aktive Kolleg:innen verleumdet, eingeschüchtert oder durch systematisches Mobbing zur Aufgabe ihrer Kandidatur gedrängt. Zudem nutzten Geschäftsleitungen Verdachtskündigungen und sogar betrügerische Insolvenzen, um Betriebsräte und Tarifbindung zu beseitigen.

Das Mannheimer Solikomitee spricht von einer „alarmierenden Hemmungslosigkeit“ gegenüber Menschen, die ihre gesetzlichen Rechte wahrnehmen.

Trotz dieser bedrohlichen Entwicklungen bleiben politische Reaktionen praktisch aus. Das Solikomitee kritisiert, dass Bundesregierung und Landesregierungen den Skandal des BR-Mobbing weiterhin igno-

rieren, obwohl nur noch 40 Prozent der Beschäftigten durch Betriebs- oder Personalräte vertreten werden.

Demokratische Gegenmacht stärken

Die wichtige Mannheimer Tagung will ein klares Zeichen setzen: Demokratische Gegenmacht in der Arbeitswelt muss gestärkt werden, um Betriebsratsbekämpfung und den gesellschaftlichen Rechtsruck stoppen zu können.

Neben der Analyse von Erfolgen bei BR-Wahlen trotz Mobbing und der Lage in Musks Tesla-Imperium steht das Thema Stärkung der betrieblichen Gegenmacht auf dem Programm der Zusammenkunft.

Die Konferenz versteht sich als ein solidarisches Forum für Erfahrungsaustausch und praktische Unterstützung.

Veranstaltet wird die Tagung vom Mannheimer Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ mit freundlicher Unterstützung von IG Metall Mannheim sowie der Anlaufstelle gegen Union Busting beim IGM-Vor-

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Gerechtigkeit erkämpfen!

Konferenz

mit betroffenen Kolleg:innen aus verschiedenen Branchen,
Kai Barmelster (DGB-Vorsitzender Baden-Württemberg)
Thomas Hahl (Erster Bevollmächtigter IGM Mannheim)
Kathrin Biro (Geschäftsführerin ver.di Rhein-Neckar)
James Bojert (Leiter Tesla-Team der IGM)
Alexander Mohrlang (IG Metall Vorstand)
Wolfgang Thurner (IG Metall Vorstand)
und vielen anderen

Samstag, 10. Oktober 2026

13:00 – 19:00 Uhr
Gewerkschaftshaus Mannheim
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim
mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim
sowie der Anlaufstelle gegen Union Busting beim IGM-Vorstand, DGB Baden-Württemberg,
IGBCE OG Weinheim, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Baden, Überbetriebliches
Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar, work-watch Köln

stand, DGB Baden-Württemberg, IGBCE OG Weinheim, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Baden, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und work-watch Köln. ■



DGB-Demo in Mannheim. 1. Mai 2026.

Foto: Helmut Roos.

Weitere Infos gibt es hier:

<https://gegen-br-mobbing.de/>
https://www.instagram.com/br_soli/
<https://mastodon.social/@gegen-brmobbing>

Anmeldung über folgende Adressen:

Per E-Mail:
solidaritaet@gegen-br-mobbing.de

Per Post:
 Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“, Speyerer Str. 14, 68163 Mannheim

„Klima, Klasse, Widerstand“ Spannende Tagung in Köln

A. N.

Vom 13. und 14. Juni 2026 fand in Köln die sechste Ökosozialistische Konferenz der ISO statt. Etwa 75 Menschen nahmen daran teil, hörten zu und diskutierten angeregt.

Die diesjährige Konferenz legte einen Schwerpunkt auf die rasant vorangetriebene Militarisierung. Schließlich geht diese nicht nur direkt mit Angriffen auf soziale Rechte und Leistungen einher, sondern auch mit einer weiteren Zerstörung der Lebensgrundlagen von Mensch und Natur. Dabei wurden sowohl globale als auch lokale Verhältnisse in den Blick genommen, der Internationalismus mit konkretem Handeln vor Ort verknüpft und Theorie und Praxis zusammengeführt. Auf einige der kleineren und größeren Veranstaltungen wollen wir hier eingehen.

Imperialismus

Eröffnet wurde die Konferenz am Samstagvormittag mit der Podiumsdiskussion „Imperialismus heute – Weltherrschaftsanspruch im Zeichen der Hegemoniekrise“. Ingo Schmidt und Thomas Sablowski legten Entwicklungen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts dar. Thomas Sablowski erläuterte wie die internationalisierte Produktion zu Verflechtungen führte, die auch die miteinander konkurrierenden Staaten in Abhängigkeit voneinander brachte. Dabei sei die Klimakrise ohnehin nicht national zu lösen, ergänzte Ingo Schmidt. Das Großkapital hat jedoch auch kein Interesse daran, die Katastrophe in den Griff zu bekommen. Umso wichtiger ist der organisierte und vereinte Widerstand der arbeitenden Klasse.

Ansätze des Widerstands

Im Laufe des Samstagnachmittags wurden unterschiedliche Ansätze dieses Widerstands beleuchtet und diskutiert. Der Genosse Awad Abdelfattah wurde per Livestream aus Haifa zugeschaltet. Er beschrieb die Entwicklungen seit dem Beginn des Genozids in Gaza als einen außerordentlichen Moment in der Geschichte, in dem viele Menschen weltweit gegen die Verhältnisse aufstehen. Dieser Völkermord schließt auch einen Ökozid ein, durch den die grundlegenden Lebensstrukturen in der Region für Generationen zerstört werden. In dem internationalen Widerstand dagegen zeigt sich Abdelfattah zufolge auch, dass militärische Überlegenheit zwar Gebäude zerstören, aber eine kollektive Identität nicht auslöschen kann. Damit beschrieb er eine sehr zentrale Ressource des Widerstands gegen imperialistische Angriffe.

Andere Themengruppen setzten sich mit den Schulstreiks gegen die „Wehrpflicht“, der Energiepolitik, dem Irankrieg, unserem Ökosozialistischen Manifest und dem anstehenden Internationalen Jugendcamp der IV. Internationalen in Deutschland auseinander.

Militarisierung der Arbeitswelt

Sehr konkret wurde der Kampf gegen Militarisierung und Klimakatastrophe im Abendpodium am Samstag beleuchtet.

Zum Thema „Militarisierung der Arbeitswelt – Orte der Bedro-

hung, Möglichkeiten der Gegenwehr“ berichtete Lars Hirsekorn, Mitglied des IGM-Vertrauenskörpers bei VW Braunschweig, von Bemühungen der Belegschaft, sich gegen den Umbau auf Kriegswirtschaft einzusetzen. Die Petition „Nein zum Umbau auf Kriegswirtschaft“ kann online unterstützt werden.

Annika Fuchs von Robin Wood berichtete jedoch von den Schwierigkeiten, in Osnabrück ein Bündnis zwischen VW-Beschäftigten und zivilgesellschaftlichen Gruppen aufzubauen.

Von einer gewissen Lethargie und Machtlosigkeit sprach auch Alexandra Willer, die im Uniklinikum Essen gewerkschaftlich aktiv ist. Die Vorbereitung auf den Kriegsfall läuft auch in diesem Bereich auf Hochtouren, ohne dabei ernsthaftere Möglichkeiten einer Versorgung der möglichen Opfer und anderer Patient:innen aufbauen zu können.

Lars Hirsekorn und Annika Fuchs betonten zum Abschluss der Diskussion, wie wichtig es angesichts der politischen Lage ist, Linke unterschiedlicher Strömungen und Aktive aus den Betrieben „an einen Tisch zu bringen“.

Klimafrage als Klassenfrage

Insbesondere auf dem Abschlusspodium am Sonntag unter dem Titel „Raus aus der Dystopie – Widerstand in Zeiten der Klimakatastrophe“ wurde nochmal deutlich, dass die Klimafrage eine Klassenfrage ist. Der Einsatz für sinnvolle, notwendige und nachhaltige Produktion lässt sich dabei gut mit der sozialen Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich verbinden, kam die Anregung aus dem Publikum.

Hier konnten wir nur einen kleinen Teil der Inhalte und Diskussionen dieser sehr bereichernden Konferenz wiedergeben. Auch eine angenehme, solidarische Stimmung unter den Teilnehmenden lässt sich besser erfahren als erzählen. Wie gut, dass für das kommende Jahr wieder eine Ökosozialistische Konferenz ansteht – wir werden rechtzeitig informieren. ■



Krieg und Revolution

Eine kurze Geschichte des Spanischen Bürgerkriegs

H. F.

Am 17. Juli 1936 putschte das Militär gegen die Zweite Spanische Republik. Rechtzeitig zum 90. Jahrestag dieses einschneidenden Ereignisses ist beim Neuen ISP Verlag das Buch *Krieg und Revolution, Eine kurze Geschichte des Spanischen Bürgerkriegs* erschienen.

Der Autor Paul Michel schreibt zum Grundgedanken des Buchs: „Für alle, die nach demokratischeren, sozial gerechteren Alternativen suchen (die ökologische Frage war damals noch kein Thema!), sind insbesondere die Jahre 1936 und 1937 eine wahre Fundgrube für Anregungen, wie es anders gehen kann. Das Besondere am ‚kurzen Sommer der Anarchie‘ von 1936 ist, dass es sich nicht lediglich um nett formulierte Texte, sondern um praktizierte Wirklichkeit handelte. Die Kollektivierungen in Industrie und Landwirtschaft waren gelebte Utopie, die in einer äußerst brutalen Wirklichkeit ihre Realitätstüchtigkeit beweisen musste. Die Erfahrungen, die die an der Kollektivierung beteiligten Teile der Arbeiter*innenbewegung machten, vermitteln ein reales, anschauliches Bild davon, was Vergesellschaftung real heißt.“ (Michel, Vorwort, S. 8.)

Das Buch behandelt den Spanischen Bürgerkrieg von seinen Wurzeln in der spanischen Gesellschaft des frühen zwanzigsten Jahrhunderts bis zu seinem bitteren Ende März 1939 mit dem Einmarsch der Truppen Francos in Madrid.

Nach dem gescheiterten Putsch vom 17.- 20. Juli 1936 konnte Franco infolge der massiven Intervention der faschistischen

Regimes Italiens und Deutschlands eine grundlegende Veränderung des Kräfteverhältnisses zu seinen Gunsten erreichen. Ende 1936 vermochte die Republik dank der Militärhilfe aus der Sowjetunion und des Eingreifens der Internationalen Brigaden noch die Angriffe Francos auf Madrid erfolgreich abwehren. In der Folgezeit gelang es aber den Truppen Francos, die Republik trotz heroischen Widerstands in einem verlustreichen Zermürbungskrieg niederzuringen.

Soziale Revolution gegen Putsch

Der Putsch der Generäle hatte genau das ausgelöst, was er eigentlich verhindern wollte: die soziale Revolution. Der im Sommer 1936 hauptsächlich von anarchistischen Kräften betriebene Versuch einer grundlegenden Umwälzung der kapitalistischen Ökonomie mit dem Ziel der Selbstverwaltung von Wirtschaft und Gesellschaft durch die städtische und ländliche Arbeiterklasse kann zu Recht als einer der bedeutendsten Emanzipationsversuche der bisherigen Geschichte bezeichnet werden.

Als konkretes Beispiel ist in *Krieg und Revolution* eine zeitgenössische Reportage von Albert Weisbord (S. 70-74) über die Kollektivierung der Straßenbahnen in Barcelona enthalten. Sie zeigt auf: Ohne Bosse kann die Arbeit sinnvoller und effizienter organisiert und gleichzeitig können die Löhne erhöht, die Lohnschere verringert und die Arbeitsbedingungen verbessert werden.

Ebenso enthält Michels Buch thematische Kapitel über die Rolle der Frauen in der Revolution – die „Mujeres Libres“ – und über den rechten und „linken“ Terror.

Von Anfang an bestanden im republikanischen Lager Konflikte zwischen den Kräften, die eine soziale Revolution wollten, und den Gemäßigten in der „Volksfront“, die nur eine bürgerlich-kapitalistische Republik anstrebten. Diese Auseinandersetzungen, die im Mai 1937 mit dem Sieg der „Gemäßigten“ endeten, werden im Buch detailliert behandelt. ■



Milzkämpferinnen in Spanien, 1936.

Foto: Gerda Taro (gemeinfrei).

Weitere Empfehlungen zum Thema „Revolution und Bürgerkrieg in Spanien“

Film

Ken Loach, *Land and Freedom*, 1995.

Literatur

Pierre Broué, Émile Témime, *Revolution und Krieg in Spanien*, Geschichte des spanischen Bürgerkrieges, zwei Bände, Frankfurt a. M. 1975.

Hans Magnus Enzensberger, *Der kurze Sommer der Anarchie*, Buenaventura Durrutis Leben und Tod, Frankfurt am Main 1977.

Mika Etchebéhère, *La guerra mía*, Eine Frau kämpft für Spanien – Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1976.

Mary Low, Juan Brea, *Rotes Notizbuch* (Spanien 9.8. – 28.12.1936), Hamburg 2002.

Felix Morrow, *Revolution und Konterrevolution in Spanien*, Essen 2020.

George Orwell, *Mein Katalonien*, Bericht über den Spanischen Bürgerkrieg, Zürich 2000.

Reiner Tossdorff, *Die POUM in der spanischen Revolution*, Köln 2006.

Leo Trotzki, *Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931-1939*, Köln 2016. ■

Anzeige

NEU bei ISP



Paul Michel
Krieg und Revolution
Eine kurze Geschichte des
Spanischen Bürgerkriegs

Originalausgabe
191 Seiten, 19,80 €
2026, ISBN 978-3-89900-163-1

Das Buch behandelt in kompakter Form den Spanischen Bürgerkrieg von seinen Wurzeln in der spanischen Gesellschaft des frühen 20. Jahrhunderts bis zu seinem bitteren Ende März 1939 mit dem Einmarsch der Truppen Francos in Madrid.

Neuer ISP Verlag GmbH

Telefon: 0721 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

Barbara Schulz zum 90. Geburtstag

„Fest und klar und heiter sein, ja heiter trotz alledem“*

W. A.

Liebe Bärbel, es ist eine große Freude und zugleich eine Ehre, anlässlich der Feier Deines 90. Geburtstag einige Worte an Dich richten zu dürfen.

Nur wenigen Menschen ist es vergönnt, auf neun Jahrzehnte eines so engagierten wie erfüllten Lebens zurückblicken und zudem weiterhin selbständig im Hier und Jetzt sein zu können.

An einem Tag wie dem heutigen mischen sich vielleicht noch mehr als sonst zahllose Erinnerungen an das scheinbar Vergangene mit dem konkreten Erleben der von kleinen wie großen Umbrüchen geprägten Gegenwart und den – noch nicht erfüllten – Hoffnungen für die Zukunft.

Als Du am 20. Mai 1936 in Niederschlesien das Licht der Welt erblickst und den Namen Barbara Meusel erhältst, marschierst diese Welt in Richtung der „Mitternacht des [20.] Jahrhunderts“. Drei Jahre zuvor ließ sich die größte, am besten organisierte – aber gesplante – Arbeiterbewegung der Welt vom Hitler-Faschismus weitestgehend widerstandlos zerschlagen. Der Weg zur Entfesselung des Zweiten Weltkriegs, zur Organisation des Holocaust und zu weiteren ungeheuren Verbrechen war frei.

Anfang 1945 wirst Du als junges Mädchen mit Deiner Familie evakuiert. Das in Thüringen gelegene Städtchen Bad Frankenhausen wird Euer Zufluchtsort. Im Schatten des schiefen Kirchturms und unweit des blutigen Schlachtfelds des großen Bauernaufstands von 1525 besuchst Du das Gymnasium – und lernst erste Schritte der Widerständigkeit in der sich festigenden stalinistischen Diktatur der DDR.

Nach der Flucht in den Westen studierst Du zunächst in Göttingen Deutsch und Geschichte. 1956 zieht es Dich für ein Semester an die Universität Hamburg. Du sympathisierst mit dem SDS und engagierst Dich für dessen Ziele. Auf einer politischen Veranstaltung triffst Du zufällig den führenden SDS-Aktivist Hans-Jürgen Schulz. Aber dies bleibt keine Zufallsbekanntschaft. Gemeinsam beteiligt Ihr Euch an einem Austausch von Studentinnen und Studenten der Universitäten Hamburg und Leipzig. Nachdem Hans-Jürgen sein Volkswirt-

schaftsstudium mit dem Diplom abgeschlossen hat, heiratet ihr am 21. Dezember 1959.

Eure Partnerschaft ist für Hans-Jürgen Zeit seines Lebens eine Quelle der Kraft, der kritischen Ermutigung und der Solidarität. 1961 wird Euer Sohn Jörn geboren, dem ihr viele Freiheiten für eine eigenständige Entwicklung lasst.

Nach dem Abschluss Deines eigenen Studiums arbeitest Du, liebe Bärbel, lange Jahre als Gymnasiallehrerin in Hamburg. Deine Motivation ist es, jungen Menschen Wissen für das Leben beizubringen. „Frau Schuhulz“ wird sowohl von ihrem Kollegium als auch ihren Klassen sehr geschätzt. In der GEW engagierst Du Dich für die Belange der Lehrerschaft.

Natürlich wirst Du ebenso wie Hans-Jürgen von der 68er Rebellion beeinflusst. Nicht nur der Kampf gegen Militarismus, Faschismus, Reaktion und soziale Ungleichheit sind für Dich wichtig, sondern auch der Einsatz für die Befreiung der Frauen und die internationale Solidarität sind sehr wesentliche Bezugspunkte.

Neben Deiner langjährigen Unterstützung der NSSP in Sri Lanka ist insbesondere Dein Einsatz für die „Solidarität mit Solidarnosc“ hervorzuheben. Du selbst berichtest eindrucksvoll über die Besuche in Polen nach der Verhängung des Kriegsrechts. Gemeinsam mit Hans-Jürgen verbreitest Du illegal die im Kleinstformat in Montreuil gedruckte polnische *Inprekorr* bei Gewerkschaftskontakten.

Im November 1982 wird ein von Euch organisierter Transport mit Hilfsgütern von den DDR-Grenzen akribisch durchsucht – und sie werden fündig bei der Suche nach „trozkistischer“ Konterbande. Eine 18-tägige Haft im Knast der „Staatsicherheit“ und die persönliche „Fürsorge“ von Stasi-Boss Mielke waren die Folge. Erst eine internationale Solidaritätskampagne führt zu Eurer Freilassung.

Dein Engagement für die Befreiung der Frauen ist ungebrochen. Deine zahlreichen Artikel und Kurzmeldungen behandeln eine große Bandbreite von Aspekten der Frauenunterdrückung – sei es die Ungleichheit bei Löhnen, sei es die Gewalt gegen Frauen als Mittel der Kriegsführung. Sie

alle sind auch heute noch – trotz aller Zeitbedingtheit – sehr lesenswert. Aber Du befasst Dich noch mit viel mehr als mit dem Kampf gegen diese und andere Verbrechen. Du erinnerst an Kämpferinnen wie Flora Tristan, Clara Zetkin oder Anna Walentynowicz. Du berichtest über Gewerkschaftskundgebungen oder über die Betriebsbesetzung bei Strike Bike. Und natürlich setzt Du Dich auch mit der grundlegenden Frage „Sozialismus und Frauenbefreiung“ auseinander.

Seit den Anfängen des RSB 1994 bist Du in unserer damaligen Organisation sehr aktiv. Du streitest für Gerechtigkeit in kleinen organisationsinternen wie in großen gesellschaftlichen Fragen. Ein „Recht des Stärkeren“ ist für Dich unakzeptabel. Keine Frage ist, dass Du auch bei der Gründung der ISO dabei bist und Dich kritisch einbringst.

Deine Beharrlichkeit, Bescheidenheit, Freundlichkeit und Offenheit zeichnen Dich aus. Es wäre zu platt, wenn wir uns jetzt auf Brechts Worte beziehen würden: „Aber die Stärksten kämpfen Ihr Leben lang. Diese sind unentbehrlich.“

Viel bedenkenswerter sind deshalb auch heute noch Rosa Luxemburgs am 28. Dezember 1916 im Gefängnis verfasste Zeilen an ihre Freundin Mathilde Wurm: „Mensch sein ist vor allem die Hauptsache. Und das heißt: fest und klar und heiter sein, ja heiter trotz alledem und alledem.“ ■

* [Grußwort anlässlich der Feier von Barbaras 90. Geburtstag am 6. Juni 2026 in Hamburg.]



Barbara Schulz am 6. Juni 2026 in Hamburg.

„Profite statt Gesundheit“

Sehr gelungener ISO-Infoabend im Juni 2026

R. G.

Die Regierung Merz/Klingbeil setzt ihren als „Reformpolitik“ getarnten Generalangriff auf die arbeitende Klasse fort. Am 29. April 2026 hat sie den Entwurf zum GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz beschlossen. Besonders betroffen sind Versicherte und Gesundheitsbeschäftigte. Grund genug, sich in unserem Infoabend mit dieser „Reform“ zu befassen.



Protestaktion des BR UMM in Mannheim, 10. Juni 2026.

Foto: H. S.

Unser Referent ordnete die „Gesundheitsreform“ 2026 als Fortsetzung der seit Jahrzehnten von Regierungen und Kapital geführten Angriffe auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitende Klasse ein.

„Reform“ für Profite

Die „Reformer“ begründen ihre Kürzungspolitik mit den steigenden Ausgaben des Gesundheitssystems. Dabei haben sich diese in den letzten Jahren – auch durch die Kürzungen der Vergangenheit – im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt nur unwesentlich erhöht.

Während hunderte Milliarden Euro für den Aufrüstungs- und Kriegskurs bereitgestellt werden, gibt es angeblich keinen finanziellen Spielraum für höhere Bundeszuschüsse zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).

Unter anderem werden die Zuzahlungen zu Medikamenten, Heilmitteln und Krankenhaustagen erhöht. Die beitragsfreie Familienversicherung wird eingeschränkt. Mit der „Teilkrankeinschreibung“ wird der Druck auf arbeitsunfähig Erkrankte weiter erhöht und eine erste „Aufweichung“ der Lohnfortzahlung durchgesetzt.

„Reform“ als Kürzungsdiktat

Zwar soll auch die Pharmabranche durch

die „Reform“ künftig weniger Milliarden Euro für Medikamente erhalten. Doch vor allem werden Krankenhäuser, Praxen und die Krankenkassen einem Kürzungsdiktat unterworfen. Es drohen Einsparungen im Personal- und Leistungsbereich, die zu Lasten der Gesundheitsbeschäftigten und der Patientenversorgung gehen.

Die „Gesundheitsreform“ erhöht den wirtschaftlichen Druck auf Krankenhäuser und Praxen. Dies führt zu weiteren Klinikschließungen und Privatisierungen zu Gunsten von Investoren und Gesundheitskonzernen. Gleichzeitig werden Behandlung und Pflege noch stärker der „Wirtschaftlichkeit“ untergeordnet.

Nicht zuletzt profitieren Private Krankenversicherungen (PKV). Denn, wenn die Leistungen der GKV gekürzt werden, schließen jene, die es sich leisten können, mehr Zusatzversicherungen ab.

Keine „Reform“ der Einnahmen

Die „Reform“ kürzt die Ausgaben, aber verändert nichts an der Einnahmenseite.

Die GKV zahlt weiterhin für staatliche Aufgaben – laut einer Studie des Berliner IGES-Instituts – mehr als 50 Milliarden Euro. Hinzu kommen etwa 100 Milliarden Euro für die Behandlung arbeitsbedingter Erkrankungen, die die Unternehmen bezahlen müssten.

Das Zweiklassen-System der PKV bleibt bestehen. Beamte werden auch in Zukunft privat versichert sein. Gutverdienende dürfen in die PKV wechseln oder müssen aufgrund der Beitragsbemessungsgrenze nicht ihr gesamtes Einkommen verbearbeiten. Nicht zuletzt sind Unternehmensgewinne, Mieteinnahmen, Vermögen und Kapitalerträge auch in Zukunft beitragsfrei.

Kein präventiver Gesundheitsschutz

Prävention – also vorbeugender Gesundheitsschutz – kommt auch in Zukunft zu kurz. Gesellschaftliche Ursachen für Erkrankungen wie Klimaveränderungen, Vereinsamung, Diskriminierung, Stress, Umweltgifte, schlechte Lebensmittel und unzureichende Bildung hinsichtlich Ernährung und Gesundheit werden nicht beseitigt, ebensowenig die Gefährdungen in der Arbeitswelt.

Widerstand organisieren

Um Widerstand organisieren zu können, muss über die Ziele dieser „Reformpolitik“ aufgeklärt werden. Abwarten hilft nicht. Überall sollte versucht werden, mit anderen aktiv zu werden. Angesichts des weitgehenden Schweigens der Gewerkschaftsvorstände ist es dabei besonders wichtig, betriebliche und gewerkschaftliche Initiativen und Aktionen zu unterstützen. Die nächsten Möglichkeiten dazu sind die Aktionen von ver.di.

Kurzer Austausch

Im hitzebedingt relativ kurzen Austausch ging es auch um die Frage, wie angesichts von Sozialabbau, Aufrüstung, Klimazerstörung und Rechtsruck Widerstand entwickelt werden kann. Die Teilnehmenden waren sich darin einig, dass Beharrlichkeit und Geduld nötig sind, da sich keine kurzfristigen Erfolge abzeichnen. Umso wichtiger sind unsere gemeinsamen Infoabende mit solidarischen, informativen und bestärkenden Diskussionen. ■

Gemeinsam für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung

Internationales antikapitalistisches Sommercamp in Süddeutschland, 18.-25. Juli 2026

Die Welt gerät außer Kontrolle. Was wäre, wenn wir uns, statt kopflos in die Katastrophe zu stürzen, gemeinsam organisieren würden?

Überall leisten Menschen Widerstand und deshalb vernetzen wir uns mit Genoss:innen aus vielen Ländern.

Das Sommercamp der IV. Internationale ist ein Jugendcamp. Es ist offen für alle jungen Menschen von 14 bis 30 Jahren, die sich eine Welt ohne Unterdrückung und Ausbeutung wünschen.

Es gibt Vorträge und Austauschtreffen, in denen wir unsere Erfahrungen teilen und

internationale Solidarität stärken wollen. Natürlich werden wir auch Spaß haben und feiern!

Sechs Tage lang versuchen wir, eine Organisationsform auszuprobieren, die unseren gesellschaftlichen Vorstellungen möglichst nahekommt: Selbstverwaltung. Aktivist:innen und Teilnehmer:innen leiten das Camp politisch und praktisch gemeinsam.

Das genaue Programm findet Ihr hier:

www.internationales-sommercamp.org

Tritt der Signal-Gruppe bei: In der offenen Gruppe erhältst Du Updates, Anreiseinfos

und das genaue Camp-Programm.:

<https://t1p.de/vierte-camp>



Antikapitalistisches Sommercamp.

Foto: BFS.

„Militarismus, Aufrüstung, Krieg – ,Kriegstüchtigkeit‘ statt Friedensfähigkeit?“

ISO-Sommerseminar am 2. August 2026, ab 13:00 Uhr in Mannheim

Die Kriegstreiber und Profitjäger in aller Welt sind in der Offensive. Mit Erpressung, Lügen und Waffengewalt setzen sie skrupellos ihre Interessen durch. Sie schrecken dabei weder vor Krieg wie in Iran noch vor Völkermord wie in Palästina zurück. Das Völkerrecht wird durch das „Recht des Stärkeren“ ersetzt.

Auch die Bundesregierung will mit einer gigantischen Aufrüstung und der Wiedereinführung der Kriegsdienstpflicht „die westlichen Werte“ – d. h. die des Kapitals und der Superreichen – „verteidigen“.

„Kriegstüchtigkeit“ und Sozialabbau

Die erneute Erringung von „Kriegstüchtigkeit“ nach außen kombinieren die Herrschenden nach innen mit der weiteren Verschärfung ihrer Angriffe gegen die arbeitende Klasse.

Unser Leben, unsere Gesundheit und unsere demokratischen wie sozialen Grundrechte geraten durch die Jagd nach noch mehr Profiten und die global zunehmend

militärisch ausgetragenen Machtkämpfe immer mehr in Gefahr.

Umso mehr stellen sich uns Fragen: Wie können wir gemeinsam mit anderen diese gefährlichen Tendenzen stoppen? Welche Alternativen können wir zu dem immer bedrohlicher werdenden Krisenkäuel entwickeln und durchsetzen?

Alternativen zur Kriegstüchtigkeit?

Bei unserem Sommerseminar wollen wir uns mit zwei Schwerpunktthemen befassen.

Erstens möchten wir die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus, Imperialismus und Krieg untersuchen. Zweitens beabsichtigen wir, von den Erfahrungen erfolgrei-

cher Antikriegsbewegungen zu lernen und ein Aktionsprogramm gegen Militarismus, Aufrüstung und Krieg für die heutige Zeit zu skizzieren.

Mit kurzen Referaten, Filmen, Lesungen, Musikbeiträgen und natürlich vielen Diskussionen wollen wir in einem entspannten Rahmen auf diese und andere Fragen gemeinsame Antworten suchen.

Das Seminar findet in Mannheim statt. Beginn ist am Samstag, den 2. August 2026, um 13:00 Uhr, Ende gegen 18:30 Uhr.

Danach beginnt am selben Ort ab 19:00 Uhr unser Sommerfest.

Sommerfest der ISO-Rhein-Neckar in Mannheim, Sonntag, 2. August Juli 2026, ab 19:00 Uhr

Unser Sommerfest bietet Raum zum Reden, zum Zuhören, zum Lachen – unter dem Motto: Es lebe das richtige Leben, auch im falschen!

Wir haben ein weitläufiges Festgelände und geeignete Räum-

lichkeiten organisiert. Für Musik und Getränke ist ausreichend gesorgt. Auch der Grill wird so bestückt werden, dass niemand Hunger leiden muss. Dennoch könnt Ihr gerne die eine oder andere Leckerei und vor allem gute Laune mitbringen.

Wir freuen uns sehr auf Eure Teilnahme und bitten aus organisatorischen Gründen um verbindliche Anmeldung. Entweder direkt bei unseren Aktiven oder per E-Mail: info@iso-rhein-neckar.de.

Gegen lebensbedrohende „Gesundheitsreform“! Protest am Uniklinikum Mannheim

H. S.

Rund 250 Beschäftigte des Universitätsklinikums Mannheim (UMM) und einige solidarische Unterstützer:innen (ISK, ISO Rhein-Neckar, PDL, Solikomitee ...) empörten sich am 10. Juni 2026 über die von „Gesundheitsministerin“ Warken (CDU) geplanten massiven Kürzungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung.

Zur Versammlung aufgerufen hatten der UMM-Betriebsrat und die ver.di-Betriebsgruppe der Klinik. Die Aktion fand im Rahmen der bundesweiten Proteste an über fünfzig Krankenhäusern statt.

In verschiedenen Redebeiträgen kritisierten unter anderem Ralf Heller, Betriebsratsvorsitzender des UMM, und sein Stellvertreter Sebastian Höhn die Regierungspläne scharf. Sie warnten vor dramatischen Verschlechterungen im Gesundheitswesen für Patient:innen und Beschäftigte, vor Personalabbau und der Schließung von weiteren Krankenhäusern. Die Kundgebung vor dem Haupttor des Klinikums wollte nicht nur die Ablehnung der Regierungspläne deutlich machen, sondern einen Beitrag zum notwendigen Aufbau einer Gegenwehr gegen die geplanten Kürzungen leisten.

Am 25. Juni 2026 fand deshalb trotz der gesundheitsgefährdenden Extremhitze auf Initiative der ver.di-Betriebsgruppe eine kleine, aber kämpferische „Unkürzbar“-Demo durch das Mannheimer Zentrum statt (vgl. S. 5 dieser *Avanti*²).



Protest vor dem UMM in Mannheim, 10. Juni 2026.

Foto: H. S.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 02.07.2026, 19:30 Uhr, „Du, Vater, gell, der Krieg is was Gefährliches“, Musikalisch-literarisches Programm, Hinterer Rathausplatz, Rathausstraße 52, MA-Feudenheim
- DO, 09.07.2026, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, IGM-Konferenzraum, Gewerkschaftshaus, MA
- FR, 17.07.2026, 19 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA
- SAM, 18.(-25.)07.2026, Internationales antikapitalistisches Sommercamp, Süddeutschland
- FR, 24.07.2026, 15 bis 19 Uhr, DGB-Sozialstaatskonferenz, Gewerkschaftshaus, MA
- SO, 02.08.2026, 13 Uhr, Sommerseminar der ISO-Rhein-Neckar, MA
- SO, 02.08.2026, 19 Uhr, Sommerfest der ISO-Rhein-Neckar, MA

Vorschau

- DI, 01.09.2026, Antikriegstag



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
VlSP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

